

Zeitschrift: Schweizer Soldat + MFD : unabhängige Monatszeitschrift für Armee und Kader mit MFD-Zeitung

Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat

Band: 66 (1991)

Heft: 2

Artikel: Ozonloch versus Gesamtverteidigung

Autor: Heller, Daniel

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-713819>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ozonloch versus Gesamtverteidigung

Von Hptm Daniel Heller, Erlinsbach

Die Ursprünge der aktuellen sicherheitspolitischen Diskussion liegen schon einige Jahre zurück. Ganz im Zeichen der Zeit und ihrer Probleme existieren schon länger Stimmen, die glaubten, eine sogenannte *«Militärlastigkeit»* unserer Sicherheitspolitik konstatieren zu müssen und die *«helvetische Gesamtverteidigungsmentalität»* kritisiert haben. Eng verknüpft damit war seit Ende 1989 die Frage der Beschaffung eines neuen Kampfflugzeuges. Dessen Notwendigkeit wurde von verschiedener Seite, zuletzt auch durch gewichtige parlamentarische Vertreter des Bürgertums, in Frage gestellt. Die Beschaffung eines derart teuren Flugzeuges erschien im Lichte der Volksstimmung über die Armeeabschaffung und relativ knapp vor Neuwahlen in den Nationalrat denn doch vielen als zu unpopulär. Denn schliesslich hatten die Nachanalysen zur Abstimmung vom 26. November 1989 ergeben, dass ein Hauptmotiv für die JA-Stimmenden die tatsächliche oder vermeintliche Höhe der Militärausgaben war. In ihrer Haltung wurden diese Politiker lautstark durch die scharfe Kritik am F/A-18 durch gewisse Presseorgane bestärkt.

Vor diesem Hintergrund wurde von Medien- und Politikerseite der Ruf nach einer Neubeurteilung und Neudefinition der Sicherheitspolitik erhoben. Erst danach wollte man über ein neues Flugzeug diskutieren. Auf diesen Druck hin erteilte der Bundesrat Ende Januar den Auftrag, die künftige Bedrohungslage und die sicherheitspolitischen Bedürfnisse des Landes in einem neuen Bericht zu analysieren.

Dr Daniel Heller: Kurzerwegang	
(Jg: 1959)	von und in Erlinsbach AG
1980	Matura Typus B in Aarau
1981–86	Studium Allg Geschichte/Wirtschafts- und Sozialgeschichte/Politikwissenschaft an der Universität Zürich, Lizentiat
1986/87	Wiss Assistent am Archiv für Zeitgeschichte ETHZ
1987	Doktorat (Biographie über Eugen Bircher [1882–1956], Arzt, Militär, Politiker – ein Beitrag zur Zeitgeschichte, NZZ-Verlag Zürich 1988)
1988	Lehrfähigkeit an der Alten Kantonschule Aarau (Geschichte), als Miliz Of Übernahme des Kdos einer Pz Hb Btrr
04.1988–12.1989	Wissenschaftlicher Beamter im Stab Operative Schulung (Assistent von Divisionär Gustav Däniker)
1989	Wahl in Grossrat, Kanton Aargau (FDP)
1990	PR-Redaktor bei Dr Rudolf Farner, Public Relations Agentur, Zürich

Tauziehen um Inhalte der Sicherheitspolitik

Nun setzte ein Tauziehen um die Ausgestaltung dieser neuen Politik an. Stimmen, die mit Recht sagten, dass eine Zeit wie die gegenwärtige, gekennzeichnet durch starken Wandel, hohe Instabilität und völlige Offenheit der möglichen Entwicklungen – gerade im Fall des zerfallenden Machtblockes der Sowjetunion – höchst ungeeignet sei, um eine neue sicherheitspolitische Marschrichtung für die

nächsten Jahre festzulegen, verhalten ungehört. Vielmehr zogen die Vertreter der verschiedensten Positionen los, um ihre Ziele zu verwirklichen.

Die Linke und nicht wenige Journalisten verlangten eine Art *«Überbericht zur Lage der Nation»*, der auf allgemeine Art Fragen der Existenzsicherung im weitesten Sinne beantworten sollte. Sie wollten, dass darin klar eine Prädominanz der ökologischen und gesellschaftlichen Gefahren vor den machtpolitischen Bedrohungen zum Ausdruck komme. Der Bericht sollte damit die Rechtfertigung für **massive Mittelverlagerungen** aus dem militärischen Bereich in andere Bereiche, wie Umweltschutz, Aidsprävention und ähnliches liefern. Für so etwas Hand bieten konnte und wollte das bei der Abfassung des Berichtes federführende EMD natürlich nicht. Was hat der Bundesrat schliesslich vorgelegt?

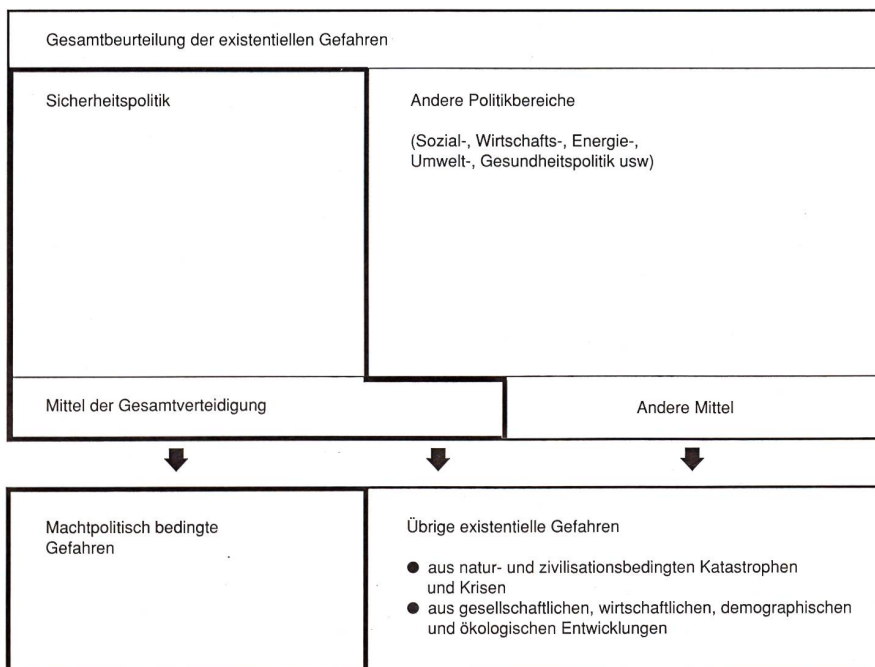
Zeitgemässe Akzentverschiebungen

Der Bericht '90 zur *«Sicherheitspolitik im Wandel»* enthält gegenüber dem bisher gültigen Bericht von 1973 deutlich neue Akzente. Besondere Bedeutung erhält die Hoffnung auf ein friedliches und demokratisches Europa, zu dessen Entwicklung die Schweiz nach Kräften beitragen will. Der Bericht verschweigt aber auch die Möglichkeit machtpolitischer Rückfälle und neuer Gefahren, wie etwa die Gewalt unterhalb der Kriegsschwelle nicht. Er weist zudem auf die nichtmachtpolitischen Gefahren hin, wie die Bedrohung der Umwelt. Hoffnung einerseits, Risiken, Unsicherheit und Wandel andererseits verlangen erhöhte Flexibilität beim Ausbau und bei der Anwendung sicherheitspolitischer Mittel. Auftragsgemäss hat der Bundesrat mit diesem Bericht eine Standortbestimmung in einer Phase des Wandels vorgelegt. Das klare Bekenntnis zu einer angemessenen flexiblen Bereitschaft zeugt von einer nüchternen Lagebeurteilung. Eine Lagebeurteilung, aus der klar hervorgeht, dass der Bundesrat der Landesverteidigung mit allen ihren Konsequenzen nach wie vor hohe Priorität unter den hauptsächlichsten Staatsaufgaben zuweist.

Zum Teil neue Zielsetzungen

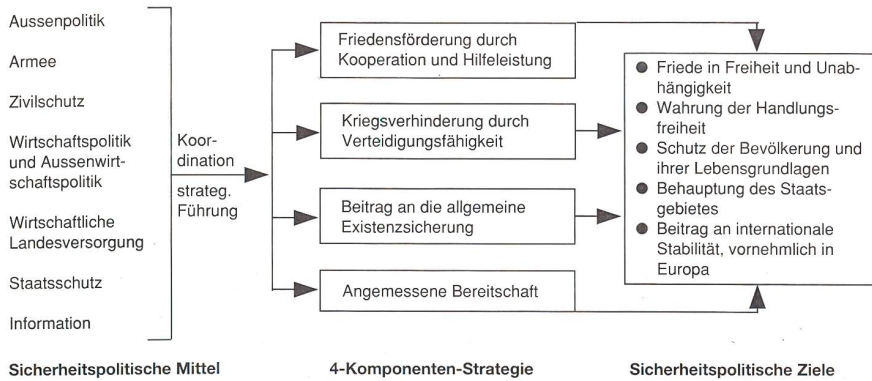
Obwohl der Bericht eine Ausweitung der bisherigen sicherheitspolitischen Zielsetzungen und Aufgaben in Richtung *«Friedensförderung durch Kooperation und Hilfeleistung»* und *«Beitrag an die allgemeine Existenzsicherung»* vorsieht, hält der Bundesrat am Begriff der *«klassischen Sicherheitspolitik»* fest. Das heisst, unsere Sicherheitspolitik orientiert sich richtigerweise nach wie vor in erster Linie an den machtpolitischen Gefahren. Der Bericht erteilt also all jenen eine Absage, die durch unverantwortliches Gegeneinanderausspielen von Existenzgefährdungen aus verschiedenen anderen Bereichen gegen die machtpolitischen Bedrohungen **massive Mittelverlagerungen zum Schaden der Landesverteidigung** vornehmen wollten. Entspre-

Existenzsicherung und Sicherheitspolitik



Überblick über Bedrohungen, zuständige Politikbereiche und Verteilung der Mittel. Quelle: Bericht 90

Sicherheitspolitik 1990



Schematische Darstellung der Mittel, Hauptaufgaben und Ziele der Sicherheitspolitik (Konzeption 90).
Quelle: Daniel Heller

chend lautstark, frustriert und zum Teil gar gehässig war denn auch die Kritik gewisser, vornehmlich linker Kreise. Dass die Bekämpfung ökologischer oder sozialer Existenzgefährdungen in die entsprechenden Zuständigkeitsbereiche Umwelt- oder Sozialpolitik verwiesen wurden, ist indes nur konsequent und logisch.

Realistischer Rahmen

Für die Aufgaben der Armee im Rahmen dieser neuen Sicherheitspolitik ergeben sich folgerichtig gewisse zeitgemässe Anpassungen und Ausweitungen in die Bereiche Katastrophenhilfe und Friedenssicherung im In- und allenfalls im Ausland. Die Übernahme derartiger Funktionen durch Verbände der Armee hat sich in den letzten Jahren bereits abgezeichnet. Es ist zu hoffen, dass diese Ausweitung der Aufgaben der Armee auch die Akzeptanz der Dienstpflicht in der Armee wieder verbessert: Die Identifikation mit einer Institution, die in mannigfacher Weise dem eigenen Land und der Völkergemeinschaft zugute kommt, entspricht der Denkart vieler Jungen.

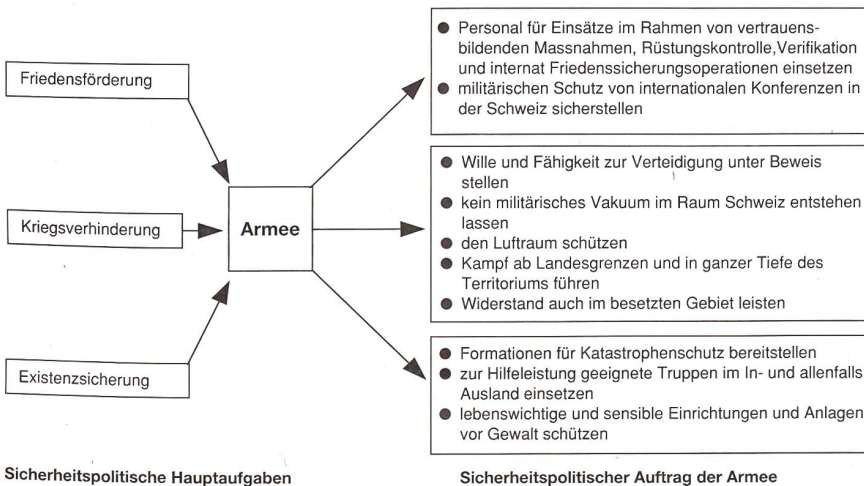
Der vorliegende Bericht '90 ist ein Papier des Überganges; ihm sollen binnen Kürze weitere Berichte folgen. An weiterhin offenen und un-

gelösten Problemen, die noch der Ausmarchung und Lösung harren, zählt er auf:

- die Zukunft der bewaffneten Neutralität
- das Verweigererproblem und eine allgemeine Dienstpflicht
- eine Grundausbildung für kollektive Notsituationen
- ein Gesamtverteidigungsdepartement
- die ganzheitliche Beurteilung existenzieller Fragen

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der neue Rahmen für unsere Sicherheitspolitik, bei allen Imponderabilien, die der gegenwärtigen weltpolitischen Situation innewohnen, **realistisch und zukunftsbezogen** ist. Er gibt heute und morgen noch Gültiges nicht preis und präjudiziert später zu treffende staatspolitische Entscheide nicht. Daneben versäumt er aber auch nichts, was zu einer neuen europäischen Sicherheitsordnung führen kann. Der Bericht beurteilt in diesem Sinne auch die Lage auf neue und positive Art und Weise: er gewichtet die Chancen einer positiven Entwicklung gleich stark wie die Rückfälle in Krisen, Konflikte und Krieg. Das langjährig dominierende und etwas einseitige worst-case-Denken wird erweitert durch ein zeitgemässes best-case-Denken.

Aufgaben der Armee (Bericht 90)



Schematische Darstellung der neuen Hauptaufgaben der Armee, Quelle: Daniel Heller



Interview

Der Redaktor des KMV-Bulletins Robert Messerli stellte im Gespräch mit dem Generalstabschef (GSC) der Armee, KKdt Heinz Häsler, Fragen zur Sicherheitspolitik und zur Armee 95. Wir veröffentlichen auszugsweise besonders aktuelle Teile aus diesem Gespräch.

Ho KMV-Bulletin: Redimensionierung der Armee bedeutet letztlich auch Redimensionierung des EMD, der Bundesämter. Gibt es auch ein Projekt «EMD 95»?

GSC: Ja, ein solches Projekt gibt es. Die Kommission für militärische Landesverteidigung (KML) hat diese Problematik bereits mehrmals behandelt. Ich habe darauf hingewiesen, dass eine Reduktion der Armee um 30 bis 40 Prozent zwangsläufig Auswirkungen auf die Verwaltung haben wird. Auch diese «muss Haare lassen». Es wird vielleicht Bereiche geben, welche ausgebaut werden müssen. Andererseits wird es Bereiche geben, die massiv zu redimensionieren sind. Mit der Zeit wird das Arbeitsplätze kosten. Das steht ausser Diskussion. Es würde nicht verstanden, wenn nach einer verkleinerten Armee weiterhin ein riesiger Verwaltungsapparat weiterbestehen würde. Ob es zu Zusammenlegungen von Bundesämtern kommt, dazu möchte ich mich im Moment nicht äussern. Doch wenn es nötig wird, müssen wir es tun.

KMV-Bulletin: Das Umsetzen gerade dieser Massnahmen wird wohl das Schwierigste sein?

GSC: Sicher, die Realisierung der «Armee 95» ist wahrscheinlich das grösste Planungsvorhaben im Bereich der Armee seit Bestehen unseres Bundesstaates. Es ist meist einfacher und vor allem dankbarer, etwas auf- und auszubauen. Redimensionierungen und Schrumpfprozesse mit Konsequenzen im Bereich der Arbeitsplätze sind ungleich heikler und schwieriger. Ich habe den Eindruck, dass man sich in politischen Kreisen über die Konsequenzen zum Teil noch viel zu wenig bewusst ist. Man gibt sich zu wenig Rechenschaft über die volkswirtschaftlichen Auswirkungen (Heimarbeit, Gewerbe, Industrie usw.). Viele Leute sind der Auffassung, dass eine um ein Drittel reduzierte Armee einfach weniger kosten wird. Das erstaunt mich.

Öffentliche Hinrichtung?

Unter diesem Titel brachte der Tages-Anzeiger (6.12.90) Stellungnahmen zur Liquidation von Frank Elstners Samstagabend-Show «Nase vorn» durch eine veritable Medienkampagne. Joachim Fuchsberger: «Im Mittelalter unterhielt man das Volk mit öffentlichen Hinrichtungen. Was mit Frank Elstner geschehen ist, scheint die moderne Variante zu sein.» Rudi Carell: «Die Vorverurteilung in der Presse war unfair. ... In der Boulevardpresse ist es eben immer dasselbe Spiel: Wenn jemand weg soll, wird er niedergemacht.»

(FMK)